



Barthle-Brief

Nr. 41

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

4.12.2015

Thema der Woche:

Entschlossene Antwort auf Terror des IS

Deutscher Bundestag beschließt mit großer Mehrheit Syrien-Mandat der Bundeswehr

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag über eine Unterstützung Frankreichs im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) und damit über einen Aufklärungs-Einsatz der Bundeswehr in Syrien mit bis zu 1.200 Soldaten beraten. Am Dienstag hatte das Bundeskabinett den Mandatsentwurf beschlossen. Am Mittwoch forderte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, im Rahmen der ersten Lesung des Antrags der Bundesregierung, eine „entschlossene Antwort“ auf den Terror des IS. Sie warb um Unterstützung für einen Einsatz der Bundeswehr in Syrien im Rahmen der internationalen Koalition gegen den IS.

Hintergrund: Die Bundeswehr soll sich laut Antrag der Bundesregierung am „Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der Allianz“ gegen den „Islamischen Staat“ beteiligen. Vorgesehen ist demnach, bis zu 1.200 Soldaten der Bundeswehr „zur Unterstützung Frankreichs, Iraks und der internationalen Allianz gegen IS“ zu entsenden, die Aufgaben der Luftbetankung, der Aufklärung („insbesondere luft-, raum- und seegestützt“), des „seegehenden Schutzes“ sowie als Teil des Stabspersonals übernehmen sollen. „Dieses Mandat fällt uns nicht leicht“, denn es handele sich um einen gefährlichen Einsatz, sagte von der Leyen: „Wir werden einen langen Atem brauchen.“ Die Bundesregierung habe sich zu dem Einsatz entschlossen aus Solidarität mit den französischen Freunden, aber auch aus eigenem Interesse. „Wir sind längst im Fadenkreuz des IS“, so die Ministerin.

Nach den verheerenden Anschlägen der Terrormiliz in Paris am 13. November hatte Frankreich Deutschland um Beistand gebeten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte daraufhin „jedwede Unterstützung“ zugesagt.

Paris hatte auch die Europäische Union um förmlichen Beistand nach Artikel 42 (7) des EU-Vertrages gebeten. An der Allianz gegen den IS, der 64 Staaten angehören, beteiligt sich die Bundeswehr bereits seit verganginem Jahr mit der Ausrüstung und Ausbildung kurdischer Peschmerga in Nordirak. Die Unterstützung der Peschmerga nannte der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Jürgen Hardt, eine der klügsten Entscheidungen. Denn den Kurden sei es gelungen, den IS in Teilen zurückzudrängen und Gebiete zurückzuerobern. Der CSU-Außen- und Verteidigungspolitiker Florian Hahn betonte ebenfalls: „Wir sind schon seit langem Teil der Allianz.“ Nun werde das Engagement um einige Komponenten ergänzt, um die Frankreich konkret gebeten habe. Mit Blick auf die Aufklärungstornos vom Typ RECCE verwies er darauf, dass diese präzisen Lagebilder auch helfen, bei Bombenangriffen der Allianz zivile Opfer zu vermeiden. Hardt trat Befürchtungen entgegen, die Daten könnten in die Hände Russlands fallen und an den syrischen Diktator Baschar al-Assad weitergereicht werden. Russland ist nicht Teil der Anti-IS-Allianz, fliegt aber Angriffe gegen Islamisten in Syrien.

Rechtsgrundlage des Einsatzes ist die UN-Resolution 2249, die die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Terrors und Eindämmung des IS in Syrien und Irak aufruft. Von der Leyen erinnerte daran, dass auch eine politische und wirtschaftliche Bekämpfung der Terrormiliz unerlässlich sei. Sie stellte vor allem die Notwendigkeit heraus, die Finanzströme auszutrocknen und Rückzugsräume abzuschneiden. Alle Redner der Union betonten, dass der IS sich auf militärischem Weg alleine nicht bekämpfen lasse.

Genauso wichtig sei die Fortsetzung der Wiener Konferenz, die einen Fahrplan zum Frieden in Syrien aufgestellt hat. Vorgesehen sind zunächst ein Waffenstillstand, dann die Bildung einer Übergangsregierung und schließlich der Wiederaufbau des Landes und die Aussöhnung der politischen Gegner. Den Versöhnungsprozess bezeichnete von der Leyen als echte Bewährungsprobe.

An diesem Freitag schließlich hat der Deutsche Bundestag mit 445 Ja-Stimmen bei 146 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen den Antrag der Bundesregierung angenommen, bewaffnete deutsche Streitkräfte zur „Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS“ einzusetzen.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

Gemeinsamer Aktionsplan von EU und Türkei

Die EU und die Türkei haben sich auf einen gemeinsamen Aktionsplan zur Flüchtlingskrise geeinigt. Damit soll der Strom illegal nach Europa einreisender Flüchtlinge gestoppt werden. Dafür erhält die Türkei von der EU drei Milliarden Euro. Diese Einigung ist ein wichtiger Schritt zu einer faireren Lastenverteilung zwischen der Türkei und Europa. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Jürgen Hardt nennt die Türkei außerdem einen zentralen Akteur bei der Bewältigung der humanitären Krise in der Region: „Mit der Versorgung von über zwei Millionen Flüchtlingen erbringt sie einen enormen Einsatz wie kein anderes NATO-Land. Dies wurde bislang nicht ausreichend gewürdigt.“, so Hardt.

Klar ist außerdem: Für eine Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union bedürfe es der jetzt vereinbarten Kooperation mit der Türkei. Aber: „Deutschland und Europa werden auch darauf achten müssen, dass Ankara seinerseits die Zusagen einhält, dass es die Küsten besser schützt und effektiver gegen Schlepper und Menschenhändler vorgeht.“ Menschen in den türkischen Flüchtlingslagern müsse zudem die Gewissheit gegeben werden, dass es für sie nicht notwendig ist, sich auf den weiten und beschwerlichen Weg nach Mitteleuropa zu machen, sagte Hardt.

Mit den in Brüssel beschlossenen Mitteln können nun nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern auch die Bildungschancen der etwa 900.000 Flüchtlingskinder verbessert werden. Auch sei es richtig zu diskutieren, ob die EU die Visumpflicht für türkische Staatsangehörige im Schengen-Raum bereits im kommenden Jahr aufheben könne, sagte Hardt. Die Voraussetzungen dafür seien festgelegt. Und auch die Eröffnung neuer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen sei eine Chance, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der EU und der Türkei anhand konkreter Sachverhalte zu sprechen.

Besserer Schutz für Menschenrechtsverteidiger

Der Deutsche Bundestag will sich weltweit stärker für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern einsetzen. Einen entsprechenden Antrag von CDU/CSU und SPD nahm das Haus an diesem Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Die Linksfraktion enthielt sich der Stimme. In ihrem Antrag beklagen Union und SPD die „zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Spielräume in vielen Staaten“ und fordern von der Bundesregierung, der „Kriminalisierung von Nichtregierungsorganisationen und friedlichen Menschenrechtsverteidigern“ international entgegenzutreten. Die menschenrechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion Erika Steinbach sagte, der Antrag sei all jenen gewidmet, „die sich oft unter Einsatz ihres eigenen Lebens für die Einhaltung der Menschenrechte in ihrem eigenen Land einsetzen“. Viele Menschenrechtsverteidiger würden inhaftiert, gefoltert oder sogar getötet, andere spurlos verschwinden. „International dürfen wir die Augen nicht verschließen, wenn in Russland, der Türkei, in China und in vielen anderen Ländern die Zivilgesellschaften immer mehr eingeschränkt und Nichtregierungsorganisationen in ihrer Arbeit behindert werden und kritische Journalisten in größter Gefahr sind“, forderte sie. Als Beispiel nannte sie unter anderem die Lage in Russland. Dort eröffneten Gesetze gegen Nichtregierungsorganisationen den Behörden inzwischen die Möglichkeit, Andersdenkende zu verfolgen und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit massiv einzuschränken.

Aber auch in der Türkei sei die Lage „besorgniserregend“, konstatierte Steinbach, insbesondere vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Verhandlungen zur Bekämpfung des „Islamischen Staates“ (IS) und in Fragen der Flüchtlingspolitik.

Zitat

«Es wird keine Zukunft mit Assad geben, und es wird auch keine Zusammenarbeit mit Truppen unter dem Kommando von Assad geben. [...] Verantwortliche, an deren Händen Blut klebt, werden wir nicht in einer gemeinsamen Zusammenarbeit haben.»

(Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am Dienstag im Deutschlandfunk über eine mögliche Zusammenarbeit beim Anti-IS-Kampf mit Teilen syrischer Truppen und dem Machthaber Baschar al-Assad)